

NACHRICHTEN

Hohe NS-Entschädigungen gefordert

NEW YORK/WIEN: US-Anwalt Ed Fagan, der die Rechtsansprüche von Holocaust-Opfern vertritt, bringt am Donnerstag in New York eine Milliarden-Dollar-Klage gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen ein. Dies erklärte Fagan am Donnerstag der österreichischen Nachrichtenagentur APA in New York. Nach Angaben Fagans werden darin Entschädigungen in Milliarden-Dollar-Höhe unter anderem wegen «Arisierungen» und Zwangsarbeit zur NS-Zeit gefordert. Nach Angaben eines Münchner Anwalts, der an der Klage beteiligt ist, enthält die Klage Forderungen in der Höhe von 18 Milliarden Dollar. Demnach wurden neben mehreren Banken die staatliche Industrieholding ÖIAG und damit erstmals auch die Republik Österreich verklagt. Als Grund für die Klage nannte der Anwalt den Verlauf der Entschädigungsverhandlungen in Österreich. «Mag schon sein, dass die Verhandlungen in Gang gekommen sind, aber in die falsche Richtung», sagte er der Nachrichtenagentur Reuters. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich Fagan mit der österreichischen Bank Austria/Creditanstalt über die Entschädigung von 70 000 Holocaust-Opfern geeinigt. Danach hat die Bankengruppe 40 Millionen US-Dollar an die Opfer zu zahlen. Der Jüdische Weltkongress (WJC) wies die Summe zunächst als zu gering zurück.

Jiang Zemin im Nahen Osten



JERUSALEM: Chinas Präsident Jiang Zemin ist zum Auftakt seiner einwöchigen Nahost-Reise am Mittwochabend in Jerusalem mit Israels Präsident Ezer Weizman zusammengekommen. China zeigte sich daran interessiert, im Nahost-Friedensprozess eine Rolle zu spielen. Jiang ist der erste chinesische Präsident, der Israel und die Palästinenser-Gebiete besucht. Der Besuch wird von einem Streit zwischen Israel und den USA über die Lieferung moderner Radartechnik an China begleitet. Das Geschäft betrifft Frühwarn- und Kontrollsysteme, die wie das amerikanische AWACS auf Flugzeugen installiert werden. Die USA haben wegen Chinas Drohungen gegen Taiwan Bedenken gegen die Lieferung. Das Gespräch mit Weizman sei in einer freundlichen und ernsthaften Atmosphäre verlaufen, sagte Jiang anschliessend. Beide Seiten unterzeichneten Abkommen zur Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Landwirtschaft. Die umstrittene Lieferung der Radarsysteme sprachen beide Präsidenten auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz nicht an. Zuvor hatte Israel im Prinzip bekräftigt, das bestellte Radarsystem auch liefern zu wollen und sich damit offenbar gegen die Forderung der USA gestellt.

Kaukasus: OSZE darf zurück

Putin kündigt Prüfung der Vorwürfe an

MOSKAU: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) darf in Tschetschenien wieder eine ständige Niederlassung einrichten. Zudem kündigte die russische Regierung eine Untersuchung der Menschenrechtslage an.

Die russische Regierung erhob keine Einwände gegen die Rückkehr der OSZE in die umkämpfte Region, wie die österreichische Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner als amtierende OSZE-Vorsitzende nach einem Treffen mit dem russischen Aussenminister Igor Iwanow am Donnerstag in Moskau mitteilte.

Die Ständige Mission soll ihren Sitz in Snamenskoje im Nordwesten von Tschetschenien haben. Allerdings machte Ferrero-Waldner die Einrichtung der OSZE-Niederlassung noch von den «Sicherheitsbedingungen» abhängig. Einen Zeitpunkt für die Rückkehr gibt es noch nicht. Die OSZE hatte ihren Sitz 1997 nach Moskau verlegt.

Um die georgisch-tschetschenische Grenze stärker als bisher zu überwachen, wird die Zahl der OSZE-Beobachter von bisher zwölf auf bis zu 42 Mitgliedern aufgestockt. Dies beschloss der Ständige Rat der OSZE an seinem Sitz in Wien. Das Mandat der Mission wurde bis zum 15. November dieses Jahres verlängert.

Bessere Menschenrechtslage

Als Ziel der OSZE-Mission bezeichnete Ferrero-Waldner, die Menschenrechtslage in Tschetschenien zu verbessern. Sie wolle sich am Freitag selbst vor Ort ein



OSZE-Vorsitzende Benita Ferrero-Waldner tauscht mit dem russischen Aussenminister Igor Iwanow Dokumente aus.

Bild der Lage machen. Der russische Präsident Wladimir Putin kündigte vor einem Treffen mit Ferrero-Waldner eine Prüfung der internationalen Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen an. Die Verantwortlichen müssten, falls sich die Vorwürfe bestätigten, «mit der vollen Härte des Gesetzes» rechnen.

Bisher hatte Russland fast alle Berichte über Menschenrechtsverletzungen wie Massaker an Zivilisten, Vergewaltigungen oder Folter in den von Russen eingerichteten Gefangenenlagern zurückgewiesen. Lediglich «einige Einzelfälle» gab Moskau zu.

Das Europaparlament forderte in einem in Strassburg verabschiedeten Entschluss den Einsatz einer gemeinsamen Delegation mit der russischen Duma zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen. Die Regierung wurde darin zum wiederholten Mal aufgefordert, einen Waffenstillstand zu verkünden und den Einsatz von Gewalt zu beenden.

Für den 20. und 21. April kündigte am Donnerstag auch der aussenpolitische Koordinator der EU, Javier Solana, einen Besuch der EU-Troika in Tschetschenien an. Die EU-Troika setzt sich derzeit aus Solana sowie aus Vertretern Portugals

und Frankreichs zusammen, die in diesem Jahr die Ratspräsidentschaft der EU innehaben.

Unverminderte Angriffe

Trotz aller Zugeständnisse an die internationalen Organisationen verstärkte die russische Armee nach eigenen Angaben ihre Angriffe auf Positionen der Rebellen im Süden der Republik.

Der russische Generalstab teilte laut Nachrichtenagentur ITAR-TASS mit, dass die Luftwaffe binnen 24 Stunden mehr als 80 Angriffe in den Bezirken Wedeno, Noschai-Jurt und den Argun-schluchten geflogen habe.

Schäuble bleibt bei Aussage zu Spende

Die SPD fordert eine Gegenüberstellung

BERLIN: Das Rätseln um eine Spende des Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber an die CDU geht weiter. Der ehemalige Partei- und Fraktionschef Wolfgang Schäuble bekräftigte vor dem Untersuchungsausschuss seine Version der Spenden-Übergabe.

Sozialdemokraten und Grüne forderten daraufhin eine Gegenüberstellung Schäubles mit der früheren CDU-Schatzmeisterin Brigitte Baumeister, die die Spenden-Übergabe völlig anders in Erinnerung habe. Die SPD will die Gegenüberstellung schon am Freitag, wenn

Baumeister vor dem Ausschuss aussagen soll.

Schäuble wurde am Donnerstag vier Stunden als Zeuge gehört und für den Abend erneut vorgeladen. Er wies bei seiner Aussage zugleich den Verdacht zurück, Entscheidungen der früheren Mitte-Rechts-Regierung unter Helmut Kohl seien käuflich gewesen. Schäuble ist der bislang prominenteste Zeuge im Untersuchungs-Ausschuss.

Während der CDU-Politiker im Ausschuss erneut versicherte, er habe das Geld am Tag nach einem Sponsoren-Essen von Schreiber erhalten, hat Baumeister schon früher

erklärt, sie habe die Spende später von dem Waffen-Lobbyisten bekommen und Schäuble gegeben.

Eid gefordert

Die Grünen forderten, Schäuble und Baumeister unter Eid zu nehmen. Eine Falsch-Aussage erhalte damit eine besondere strafrechtliche Bedeutung.

Schreiber selbst wehrt sich gegen eine Auslieferung nach Deutschland, wo er wegen des Verdachts von Schmiergeld-Zahlungen und Steuervergehen gesucht wird.

Kohl liess durch einen Sprecher dementieren, dass Schreiber bei der

Entscheidung seiner Regierung über die Lieferung von Spürpanzern an Saudi-Arabien 1991 eine Rolle gespielt habe. Die Entscheidung sei vom Sicherheitsrat «ausschliesslich nach aussensicherheits- und bündnis-politischen Erwägungen und in enger Abstimmung mit den NATO-Partnern getroffen» worden. Ex-CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep warb gemäss «Bild»-Zeitung 1993 beim damaligen Bundeskanzler Kohl für ein Projekt Schreibers. Kiep bestätigte der Zeitung «Die Welt», er habe im Schreiben auf eine geplante Panzerfabrik in Kanada hingewiesen.

HIER BRINGEN SIE DIE
FAMILIE BEQUEM REIN.
ABER NUR MÜHSAM
WIEDER RAUS.



VOLVO
for life

Im neuen Volvo V70 nehmen auch Beifahrer gerne Platz. In aller Ruhe geniessen sie die üppigen Raumverhältnisse und das ausgefeilte Soundsystem. Sie schätzen das angenehme Gefühl, gut aufgehoben zu sein – dank umfassender Sicherheitstechnik wie dem WHIPS-Schleudertrauma-Schutzsystem. Und sie mögen dem Fahrer seine Freude gönnen, wenn er den drehfreudigen Turbomotor mit 250 PS und das neue Fahrwerk auskostet. Gut möglich, dass da Familienausflüge etwas länger dauern. Der neue Volvo V70. Ab Fr. 43'350.–.

www.volvocars.ch

DER NEUE VOLVO V70. DAS AUTO FÜR DIE ETWAS ANDERE FAMILIE.

J. Lampert AG • Vaduz Schaanerstrasse 17 • 075 232 35 81

E. Gassner's Erben • Sevelen Alvier-Garage • 081 785 12 71